

Kein Generalverdacht

FAZ

Beamtenbund gegen Reform des Disziplinarrechts

10.1.23

stk. KÖLN. Der Deutsche Beamtenbund (DBB) hat sich auf seiner Jahrestagung am Montag in Köln dagegen ausgesprochen, dass Behörden Beamte nach Extremismusvorwürfen künftig per Verwaltungsakt aus dem Dienst entfernen können. Der Dachverband von 41 Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes lehnt damit entsprechende Pläne der Bundesregierung zur Reform des Disziplinarrechts ab. Diese sehen vor, dass Beamte, die verdächtigt werden, Extremisten zu sein, den öffentlichen Dienst ohne Gerichtsverfahren verlassen müssen. Gerichte würden nur dann aktiv, wenn Betroffene im Nachgang dagegen klagen. Auf diese Weise sollen Extremisten schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden.

Der Bundesvorsitzende des Beamtenbunds Ulrich Silberbach sagte, Geschwindigkeit dürfe „nie eine Begründung für den Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Schutzrechten sein“. Diese Position vertrete die Bundesregierung regelmäßig gegenüber anderen EU-Staaten. Der von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vorgelegte Gesetzentwurf zum Disziplinarrecht sei unausgegoren. Er forderte bundes einheitliche Verfahren im Disziplinarrecht.

Der Beamtenbund zweifelt außerdem an, dass Faesers Reformvorschlag Disziplinarstreitigkeiten wirklich beschleunigen würde. Zwar sei ein Verwaltungsakt zunächst schneller herbeizuführen als eine Gerichtsentscheidung. Der aus dem Dienst entfernte Beamte könne künftig vor einer Klage aber auch noch Widerspruch bei der Behörde einlegen. Dadurch würden viele Disziplinarverfahren sogar länger dauern als bisher.

Faeser verteidigte ihre Reformvorschläge auf der Tagung in Köln. Sie sagte, mit ihren Plänen sei kein Generalverdacht gegen Beschäftigte verbunden. Es gebe nur wenige Beamte, an deren Verfassungstreue Zweifel bestünden. Der Staat müsse in solchen Fällen aber effektiver als bisher einschreiten können, da sie das Potential hätten, „das Vertrauen in den gesamten öffentlichen Dienst zu zerstören“.

Als Reaktion auf die Vorkommnisse in der Silvesternacht forderte der DBB außerdem eine bessere Ausstattung der Justiz. Diese sei „total unterbesetzt“, sagte Silberbach. Der Rechtsstaat pfeife personell und administrativ „aus dem letzten Loch“. Dies führe dazu, dass sich Strafverfahren in die Länge zögen und jugendliche Täter keine schnelle Reaktion auf ihr kriminelles Verhalten erfahren. „Überlastung und Verfristungen sind alles andere als Rechtsstaatlichkeit. Der Hohn der Straftäter klingt uns allen in den Ohren“, sagte Silberbach. Der DBB-Vorsitzende kritisierte, die Politik setze falsche Prioritäten: Statt sich um einen Verhaltens- und Sprachkodex für Polizisten zu kümmern, solle sie sich auf eine bessere Personal- und Sachausstattung der Gerichte konzentrieren. Polizisten dürfe vonseiten des Staates nicht mit der „ewigen Diskriminierungskeule“ begegnet werden.

Faeser stimmte der Forderung nach einer besseren Personalausstattung der Gerichte zu, verwies aber auf die Zuständigkeit der Bundesländer. Um jugendlichen Straftätern mit mehr Entschlossenheit zu begegnen, müssten Jugendrichter den gesetzlich möglichen Strafraum in ihren Urteilen ausschöpfen. Dies sei bislang oftmals nicht der Fall.